



# UNSERE SICHERHEIT EUROPA

## Aus dem Inhalt:

■ Die Union zuerst	1
■ EU-Beitritt der Türkei, das Risiko einer Überdehnung	1
■ Mehrheit der EU-Bürger gegen EU-Beitritt der Türkei	2
■ Zitat	3
■ Konfliktpotenzial Türkei	4

NEWSLETTER DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK

## Die Union zuerst

*Am 1. Mai 2004 wurden 10 mittel- und ost-europäische Staaten in die Europäische Union aufgenommen und die EU von 15 auf 25 Staaten erweitert. Die soeben stattgefundenen Erweiterung war ein historisch bedeutsamer Schritt, die unnatürliche Teilung Europas nach*



Dr. Erich Hochleitner

*dem 2. Weltkrieg zu überwinden und Länder, die historisch und kulturell immer ein Teil Europas waren, in die Gemeinschaft der europäischen Staaten wieder voll zu integrieren.*

*Die soeben stattgefundenen Erweiterung der Union ist für diese eine gewaltige Herausforderung, denn es wird Jahrzehnte dauern, bis die neuen EU-Länder die Wirtschaftsleistung und den Wohlstand der EU-15 erreichen werden. Die Annahme der Verfassung ist zwar ein wichtiger Schritt, die erweiterte Union handlungsfähiger zu machen, doch stellt die Annahme der Verfassung alleine die Funktionsfähigkeit der EU nicht sicher. Die Union muß dringend vertieft und politisch verdichtet werden, damit sie die zukünftigen Aufgaben auch erfolgreich bewältigen kann. Auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich steht die Union vor großen Herausforderungen. Dabei gibt es nicht nur darum, die Wirtschaftsleistung anzukurbeln, sondern auch deutlich sichtbare wirtschaftliche Strukturprobleme zu lösen. Ohne diese Maßnahmen wird das Lissaboner Ziel nicht erreicht werden können.*

*Erstes Ziel der europäischen Politik muß es daher sein, die Europäische Union zu konsolidieren, politisch zu vertiefen und im Inneren zu stärken. Dies ist auch eine Grundvoraussetzung dafür, daß die EU ein internationaler Akteur von Gewicht sein kann. Diesem Ziel muß heute Vorrang vor jeder neuen Erweiterung eingeräumt werden.*

*Will die EU die drohende Überdehnung vermeiden, dann ist es auch höchste Zeit, die Frage der Grenzen der EU offen zu diskutieren. Diese Diskussion ist umso dringlicher, als mit der Kandidatur der Türkei die EU mit der Tatsache konfrontiert ist, daß mit der Aufnahme dieses euro-asiatischen Landes die Grenzen Europas deutlich überschritten werden. Auch hier gilt das Motto: Die Union und ihre Interessen zuerst.*

## EU-Beitritt der Türkei, das Risiko einer Überdehnung

Dr. Erich Hochleitner

Im Dezember 2004 wird der Europäische Rat gemäß einem in Kopenhagen im Dezember 2002 gefassten Beschluss der EU Staats- und Regierungschefs auf der Grundlage eines Berichtes der Europäischen Kommission entscheiden, ob die Türkei die Kopenhagener Kriterien erfüllt, und wenn diese Grundvoraussetzungen gegeben sind, einen Beschluss zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen fassen. Während im Jahr 1989 der Antrag der Türkei auf Aufnahme in die Europäischen Gemeinschaften noch abgelehnt worden war, gaben die Staats- und Regierungschefs im Dezember 1999 massivem amerikanischen Druck auf die EU nach und anerkannten die Türkei als Beitrittskandidat.

Der Beschluß, die Türkei als EU Beitrittskandidat anzuerkennen, war nie Gegenstand eines eingehenden europäischen Meinungsbildungsprozesses. Die möglichen Auswirkungen einer türkischen Mitgliedschaft auf die Identität, das Wesen und die Weiterentwicklung der Union, aber auch die politischen und wirtschaftlichen Implikationen einer Mitgliedschaft für die Union wurden auch bisher niemals im Rahmen der EU eingehend geprüft, obwohl im Kopenhagener Kriterienkatalog zusätzlich zu den vom Beitrittswerber zu erfüllenden politischen und wirtschaftlichen Kriterien ausdrücklich auch als Beitrittsvoraussetzung für die EU festgelegt worden war, dass „die Union die Fähigkeit haben müsse, ein neues Mitglied aufzunehmen, ohne die Dynamik des Integrationsprozesses zu gefährden“. Das der Kommission erteilte Mandat, Berichte über die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien zu erstellen,

bezieht sich aber bisher ausschließlich auf die Frage der Erfüllung der politischen und wirtschaftlichen Kriterien durch die Türkei.



Giscard d'Estaing, Präsident des EU-Verfassungskonvents

Bei der Behandlung der Frage eines Beitritts der Türkei ist leider festzustellen, daß bisher immer außenpolitische Überlegungen und diplomatisches Taktieren im Vordergrund standen, mit einem hohen Maß an Unehrlichkeit gegenüber der Türkei. Die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union ist jedoch nicht primär eine Frage der europäischen Außenpolitik, sondern primär eine Frage der europäischen Innenpolitik, d. h. vor allem eine Frage der weiteren inneren Entwicklung und der Zukunft der EU.

Bei den bisherigen Erweiterungsrunden der Europäischen Union ergab sich nie die Frage, ob der Prozess der europäischen Integration den geographischen und kulturellen Rahmen Europas sprengt. Trotz vorhandener unterschiedlicher Traditionen und Ausprägungen

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

## Die Mehrheit der EU-Bürger gegen EU-Beitritt der Türkei

*In einer europaweiten Eurobarometer-Umfrage 2002 sprachen sich 49% der Europäer gegen einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aus. Dem stehen nur 32% Befürworter gegenüber. In 11 der 15 EU-Staaten ist eine große Mehrheit der EU-Bürger gegen eine Aufnahme der Türkei, wobei die Ablehnung zwischen 48 und 72% beträgt. Am größten ist die Ablehnung in Griechenland, Frankreich, Dänemark, Finnland, Deutschland, Österreich und Luxemburg. Nur in 4 Ländern, nämlich in Spanien, Portugal, Irland und Großbritannien, gibt es eine kleine Mehrheit für einen Beitritt der Türkei, wobei nur in Irland die Zustimmung über 50% liegt. 2003 rutschte die Zustimmung bei den EU-15 durchschnittlich sogar auf nur mehr 31%. Damit erhielt die Türkei die niedrigste Zustimmungsrates aller damals zur Wahl stehenden Beitrittswerber. Gleichzeitig lag aber die generelle Zustimmung zur Erweiterung bei beachtlichen 68%. Somit ist die Ablehnung eines Beitritts der Türkei nicht als Resultat einer allgemeinen Erweiterungsverdrossenheit, sondern als eigenständige, unabhängige Entscheidung der Befragten zu sehen.*

*In Österreich lag 2002 die Ablehnung bei 56% und die Zustimmung bei nur 27%. Gemäß neuesten Umfragen 2004 sprechen sich 73% gegen und 18% für einen Beitritt aus. Als Hauptargumente gegen einen Beitritt der Türkei wurden v.a. der Kurdenkonflikt, die unterschiedlichen Gebräuche und Sitten und die moslemische Religion angeführt. Ein Grund für einen Beitritt zur EU wäre v. a. die dadurch gestärkte Demokratie in der Türkei. Aus dem Vergleich mit früheren Umfragen läßt sich weiters erkennen, daß für die österreichische Bevölkerung die islamische Religion als Argument gegen einen Beitritt an Relevanz stark zugenommen hat (1998: 16%, 2004: 43%). Ähnlich verhält es sich bei der Frage der unterschiedlichen Gebräuche und Sitten. In Deutschland ist mit 66% die Ablehnung eines Beitritts der Türkei ähnlich groß wie in Österreich (12% dafür). Indessen findet der Vorschlag einer privilegierten Partnerschaft, die die Türkei ohne Mitgliedschaft wirtschaftlich enger an die EU binden würde, bei 42% der Deutschen Unterstützung.*

im Bereich der Politik, des Rechtssystems, der Kultur und der Religion war unter den vorhandenen und künftigen Mitgliedsstaaten der Union eine Basishomogenität aufgrund des gemeinsamen geistig-kulturellen Erbes gegeben, die jedes politische Gebilde braucht, um auf Dauer bestehen zu können. Diese gemeinsamen geistigen

denen Kultur geprägten großen Landes, wie die Türkei, das derzeit 68 Mio. Einwohner hat und in wenigen Jahrzehnten 100 Millionen Einwohner haben wird, für die Europäische Union und ihre weitere Entwicklung? Wird durch die Aufnahme der Türkei das in Bau befindliche Projekt „Politische Union“ gefährdet und unmöglich



Präsident Bush und Aussenminister Gull in Istanbul

und kulturellen Wurzeln Christentum, Humanismus, Aufklärung und kritischer wissenschaftlicher Rationalismus haben die europäische Gesellschaft geprägt und bestimmen in hohem Maß die Identität der Europäischen Union.

Mit der Türkei ist die Union nunmehr mit einem Kandidaten konfrontiert, dessen geistig-kulturelles Erbe und dessen Gesellschaft sich von denen der übrigen europäischen Staaten in hohem Maße unterscheidet. Durch den Kemalismus wurde die Türkei zwar zu einem zentralistischen und säkularen Nationalstaat im traditionellen Sinn mit entsprechenden Institutionen gemacht, die politische Entwicklung Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg wurde jedoch in weiten Bereichen nicht mitvollzogen. Trotz der von oben dekretierten Säkularisierung ist die türkische Gesellschaft auch heute in großem Maß von islamischer Religion, Kultur und Sitte geprägt.

Was bedeutet daher ein allfälliger Beitritt eines von einer völlig verschie-

gemacht? Ist der Beitritt der Türkei zur EU für die Union, die soeben zehn neue Mitglieder aufgenommen hat, überhaupt politisch und wirtschaftlich verknüpfbar?

Zunächst zur Frage der Erfüllung der politischen Kopenhagener Kriterien durch die Türkei. Die Regierung Erdogan hat eine Reihe wichtiger Reformschritte zur Erfüllung dieser politischen Kriterien gemacht, doch hat die Türkei bei den politischen und zivilen Rechten nach wie vor nicht, wie Studien von Freedom House belegen, den gleichen Standard wie alle derzeitigen Mitglieder der Union. Zwischen der formalen Verfassung und Rechtsordnung und der politischen und gesellschaftlichen Realität bestehen erhebliche Diskrepanzen. Menschenrechte werden weiterhin verletzt und die Freiheit nicht-islamischer Religionen ist ebenfalls eingeschränkt. Die islamische Regierung Erdogan hat auch gegen den Widerstand vieler Rektoren ein Gesetz beschließen lassen, das auch Absolventen der islamischen

Schulen, die primär Imams und Prediger ausbilden, für die Aufnahme in Hochschulen qualifizieren. Viele gebildete Türken sehen diese Maßnahme als ein deutliches Zeichen, daß die sich sehr europäisch gebende Regierung Erdogan eine verdeckte "islamische Agenda" verfolgt, die auch bei Postenbesetzungen im Staatsdienst feststellbar ist.

Eine wesentliche Grundfrage ist, ob die Türkei geographisch und geopolitisch zu Europa gehört, da grundsätzlich nur europäische Staaten Mitglied der Union werden können. Die Staats- und Regierungschefs haben zwar der Türkei den Kandidatenstatus zugestanden und damit diese Frage präjudiziert, es bleibt dennoch die Frage unbeantwortet, auf welcher Grundlage die Türkei die Qualifizierung ein europäischer Staat zu sein, zugestanden wurde. Das Staatsgebiet der Türkei liegt zu 97 Prozent außerhalb Europas und geographisch wurde die Türkei als euro-asiatisches Land nie als Teil Europas angesehen. Die Grenzen Europas liegen sicherlich nicht beim Iran, dem Irak und Syrien sondern weiterhin am Bosphorus und den Dardanellen. Geopolitisch war und ist die Türkei ein Teil des Nahen Ostens und des östlichen Mittelmeerraumes. Die Türkei ist aber auch sicherlich nicht ein Teil des europäischen Kulturraumes.

Die am 1. Mai stattgefundene historische Erweiterung der Union ist für diese eine gewaltige Herausforderung, politisch und wirtschaftlich. Die volle Integration der neuen Mitgliedstaaten wird Jahrzehnte dauern und die Union ist bisher auf diese Aufgabe nicht ausreichend vorbereitet. Die Annahme der Verfassung ist ein wesentlicher Schritt die erweiterte Union handlungsfähiger zu machen. Der derzeitige Verfassungsentwurf alleine stellt jedoch die künftige Funktionsfähigkeit der Union noch nicht sicher. Die politische Unionsbildung muß dringend fortgeführt werden, damit die Union im Sinne der Verfassung nicht nur eine Union der Staaten sondern der Bürger wird. Die Union ist eine Schicksalsgemeinschaft der

Europäer und die Solidarität ist ein wesentlicher Baustein der Union. Für die Zukunft der Union ist es unabdingbar, dass die Völker Europas zusammenwachsen und aus den Bürgern der Union bewußte europäische Bürger werden. Ein echtes Wir-Gefühl im Rahmen der Union kann aber nur auf der Grundlage gemeinsamer geistig-kultureller Wurzeln und gemeinsam erlebter Geschichte entstehen. Wenn wir Europa weiterbringen wollen, ist es unmöglich, endlos und alle paar Jahre neue Staaten in die Union aufzunehmen. Die EU braucht jetzt Zeit, alles zu verkraften und sich zu konsolidieren.

Die erste Priorität europäischer Politik muß es daher sein die Europäische Union zu konsolidieren, ihre Funktionsfähigkeit zu stärken und die politische Unionsbildung voranzutreiben. Will man die drohende Überdehnung der Union vermeiden, ist es unvermeidlich auch einmal die Grenzen der Union zu bestimmen. Giscard d'Estaing hat zu Recht darauf hingewiesen, daß ein



Hagia Sophia

Beitritt der Türkei das Ende der Europäischen Union bedeuten könnte und daher grundsätzlich abzulehnen sei. Mit der Türkei müssen andere Formen einer engen partnerschaftlichen Zusammenarbeit gefunden und ausgehandelt werden.

Von den Befürwortern einer EU-Mitgliedschaft der Türkei wird besonders betont, daß die Türkei die strate-

## Zitat:

*„Wo das Wir-Gefühl endet, beginnt die Überdehnung der Union“*

Heinrich August Winkler

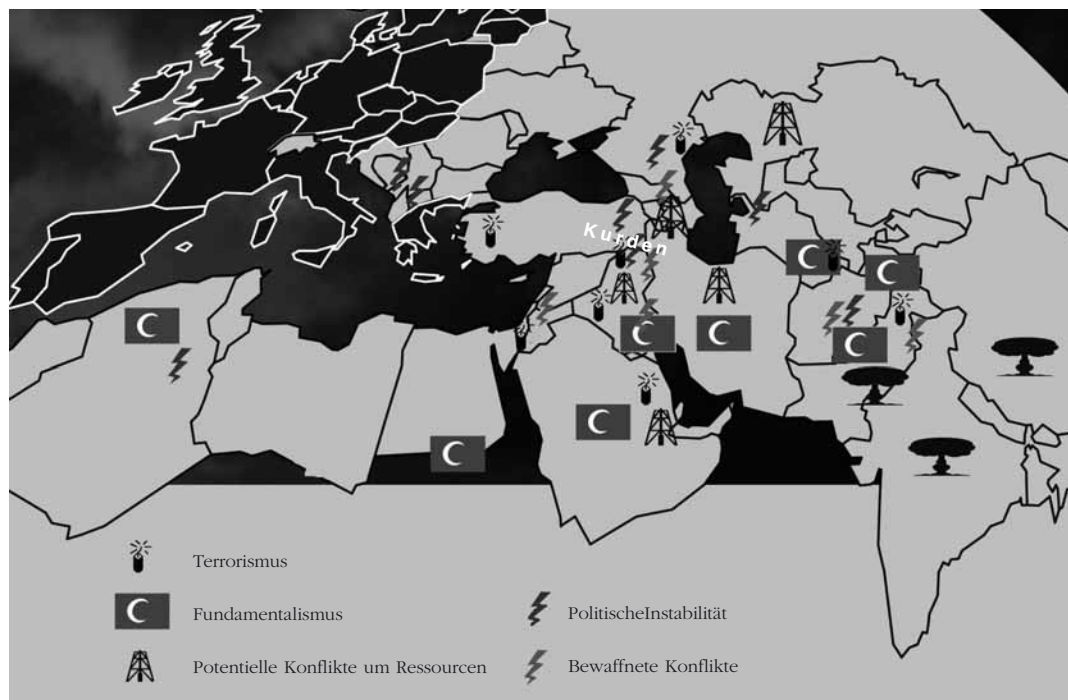
gische Stellung der EU im Nahen und Mittleren Osten stärken und zu einem wichtigeren globalen Akteur machen würde. Die Amerikaner räumen in der Tat der Türkei im Rahmen ihrer Politik eines erweiterten Mittleren Osten eine Schlüsselrolle ein. Die Realität ist aber, dass die Türkei in der Region bisher immer eine sehr eigenständige, von türkischen regionalen Interessen primär bestimmte Politik verfolgt hat. Sie ist dabei nie als europäischer Staat aufgetreten und bei verschiedenen Krisen war ihre Solidarität gegenüber den Verbündeten oft beschränkt. Das Vorrücken der Grenzen der EU bis in die große Krisenregion des Nahen und

Mittleren Ostens bedeutet für die EU in der Realität ein nicht kalkulierbares Risiko ohne ausreichende europäische Aktionsmittel zur Krisenbeherrschung. Die EU verliert vielmehr mit der Annäherung an den Mittleren Osten über das Schwarze Meer und Anatolien einen Sicherheitsabstand zu einem Raum, dessen Dimensionen und Konfliktpotentiale jenseits der realen Möglichkeiten europäischen Handelns liegen. Ein Beitritt der Türkei wäre daher für Europa nur bedingt nützlich und würde die strategische Reichweite der Union überdehnen. Die Union müßte darüber hinaus der Stabilisierung der unmittelbaren europäischen Nachbarn vor allem am Balkan erste Priorität einräumen, eine Aufgabe, die auch für die Union echt machbar wäre.

Eine Aufnahme der Türkei ist für längere Zeit für die EU auch wirtschaftlich und finanziell nicht verkraftbar und würde den Erfolg der soeben stattgefundenen Erweiterung gefährden. Die wirtschaftlichen Kosten eines EU Beitritts

Fortsetzung auf Seite 4

# Konflikte und Konfliktpotenzial in und um die Türkei



Fortsetzung von Seite 4

der Türkei entsprechen ungefähr den Kosten der Osterweiterung. Wirtschaftsprojektionen zeigen, daß es mindestens zwischen 40 und 60 Jahren dauern wird bis die neuen EU-Staaten das durchschnittliche pro-Kopf-Einkommen der EU 15 erreichen werden. Die zusätzliche Aufnahme eines Landes, dessen pro Kopf Einkommen ca. 27% des EU-Durchschnitts beträgt und sich durch großes Bevölkerungswachstum auszeichnet, ist für die EU nicht verkraftbar. Allein im Bereich der Landwirtschaft müßten zu den 11 Millionen Bauern der erweiterten Union noch mehr als 25 Millionen Bauern in die EU-Agrarpolitik einbezogen werden, was unfinanzierbar ist. Vorliegende Studien europäischer Wirtschaftsforschungsinstitute haben festgestellt, daß die finanziellen Trans-

ferleistungen der EU an die Türkei in Form von Agrarstützungen, Strukturhilfen und anderen Subventionen zwischen 14 und 19 Mrd. Euro jährlich betragen würden, und das über Jahrzehnte.

Alleine die oben angesprochenen Bereiche zeigen deutlich, daß der Beitritt der Türkei zur EU politisch und wirtschaftlich nicht verkraftbar ist und den Bestand der Union selbst durch Überdehnung gefährden würde. Die europäische öffentliche Meinung, die ohne alle Probleme eines EU-Beitritts der Türkei voll zu kennen, einen EU-Beitritt mit großer Mehrheit ablehnt, schätzt offensichtlich die Gefahren für die Union besser ein als mancher Verantwortungsträger. Die Staats- und Regie-

rungschefs, wären daher gut beraten, wenn sie bei ihrer Entscheidung im Dezember 2004 den Impact ihrer Entscheidung auf die Zukunft der Europäischen Union voll in Rechnung stellen und die Wünsche und Sorgen der Bürger der Union berücksichtigen würden.



Medieninhaber, Herausgeber und Offenlegung:  
 Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik A-2346 Ma. Enzersdorf-Südstadt, Erlaufstr. 7/1  
 Verantwortlich: Dr. Erich Hochleitner, Direktor des ÖIES. Der Newsletter erscheint periodisch und dient der unabhängigen Sachinformation über Fragen der europäischen Sicherheit.  
 Produktion: Studio Oranje Werbegrafik GmbH, 2371 Hinterbrühl  
 02Z033477M P.b.b. Erscheinungsort Maria Enzersdorf/Verlagspostamt A-2346 Maria Enzersdorf/Südstadt

Einzelpreis: € 1,10